

Die Fragen stellte die Juristin Luisa Margitta Meisel aus Berlin.

### **Luisa Margitta Meisel:**

*Frau Bundeskanzlerin, 2015 steht uns eine Reihe von wichtigen Gedenktagen bevor. Vor 70 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Millionen von Menschen haben jahrelang, jahrzehntelang unter der Nazi-Barbarei gelitten und auch unter den Folgen, unter der Teilung Europas. Was tun Sie, um die europäische Friedensordnung, so wie wir sie heute haben, zu sichern – gerade auch im Hinblick auf den Konflikt zwischen Russland, der Ukraine und dem Rest der Welt?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Ja, es hat sich in diesen Gedenkjahren – 2014 war ja auch schon ein solches Gedenkjahr, 2015 wird wieder ein solches sein – doch herausgestellt, dass wir nicht nur Reden an Sonntagen halten und uns erinnern können, sondern dass wir selber vor große Aufgaben gestellt sind: Frieden und Freiheit immer wieder zu verteidigen. Und dazu gehört eben auch, die Grundfesten unserer europäischen Friedensordnung immer wieder in Erinnerung zu rufen. Und die beruhen zum Beispiel auf dem Prinzip der territorialen Integrität, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde und die uns jetzt viele Jahrzehnte des Friedens gebracht hat. Und wenn es Verletzungen gibt, so wie das Russland im Blick auf die Ukraine gemacht hat, dann müssen wir uns dagegen aufstellen – weil: Wenn so etwas häufiger vorkommen würde, das friedliche Zusammenleben insgesamt in Gefahr geraten würde. Heute können wir glücklich sein, dass wir diese Arbeit nicht alleine und gegen andere in Europa machen müssen, sondern, dass wir mit der Europäischen Union 28 Mitgliedstaaten sind, die dies gemeinschaftlich tun können. Und deshalb ist eine der herausragenden politischen Aufgaben – so sehe ich es jedenfalls –, immer wieder diese europäische Einheit auch herzustellen, obwohl die Interessen der einzelnen Länder zum Teil auch unterschiedlich sind. Aber nur gemeinsam sind wir wirklich stark und überzeugend. Und diese europäische Gemeinsamkeit zu fördern, in den kleinen, oft sehr strittigen Fragen genauso wie im Eintreten für Meinungsfreiheit, für Pressefreiheit, für Religionsfreiheit, das sind die Aufgaben, vor denen wir heute stehen – eben an ganz praktischen Beispielen.

*Nun steht in diesem Jahr auch noch ein weiterer Gedenktag bevor: Das sind 25 Jahre Wiedervereinigung. Sie haben in Ihrer Neujahrsansprache sehr deutlich den Missbrauch des Rufes „Wir sind das Volk“ kritisiert. Ist diese Abgrenzung vielleicht ein Zeichen dafür, dass Freiheit auch verunsichern kann und dass diese Freiheit auch in Angst umschlagen kann, ja sogar ins Gegenteil? Was kann die Politik tun, um dieser Verunsicherung entgegenzutreten?*

Freiheit ist natürlich immer auch mit Verantwortung verbunden. Das heißt: Wir müssen ermuntern, dass die Menschen, die von der Freiheit profitieren, die unter freiheitlichen Bedingungen leben können, dass sie auch bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Es reicht nicht, „nein“ zu sagen, es reicht nicht, Probleme aufzuzeigen, sondern es müssen Lösungen gefunden werden. Und natürlich verändern sich diese Probleme. Wir leben heute in einer sehr vernetzten Welt. Wir können uns nicht gegenüber Konflikten abschotten, die in unserer Nachbarschaft oder gar nicht so weit weg stattfinden; wenn ich nur an den schrecklichen Bürgerkrieg in Syrien oder an die IS im Irak und in Syrien denke. Und wir sehen am Beispiel von Flüchtlingen, von Menschen, die zu uns kommen, in welchen schwierigen Situationen sie leben. Und darüber müssen wir mit den Menschen natürlich sprechen, aber wir müssen auch sagen, wo Grenzen gesetzt sind. Und deshalb habe ich vor dem Missbrauch des Rufes „Wir sind das Volk“ gewarnt und habe gesagt:

Dort wo Hass und Vorurteile zu Hause sind, da werden wir auch keine guten Lösungen für uns alle finden. Und deshalb ist es wichtig, dass jeder sich zu den Grundwerten unseres Landes bekennt, und dazu gehört zum Beispiel auch das Recht auf Asyl für verfolgte Menschen.

*Dieses Jahr jähren sich die deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen zum 50. Mal. Ist es nach 50 Jahren guter, freundschaftlicher diplomatischer Beziehungen nicht an der Zeit, dass Deutschland jetzt deutlicher und öffentlich auch Kritik an der israelischen Politik üben kann, also zum Beispiel an den israelischen Siedlungsbauten oder an der Teilungsmauer oder auch daran, dass arabische Menschen in Israel als Menschen – ja, zweiter Klasse behandelt werden?*

Also, ich glaube erst einmal, dass es ein wirkliches Glück ist, dass wir 50 Jahre Beziehungen zu Israel haben, und eben nicht nur diplomatische, sondern, wie Sie es gesagt haben, auch sehr enge und sehr nahe Beziehungen – und auch sehr freundschaftliche Beziehungen. Das ist nach dem, was im Nationalsozialismus passiert ist, nach dem Holocaust, ein unglaubliches Glück. Und mit dem muss jede Generation der Deutschen immer wieder sehr verantwortlich umgehen. Deshalb ist es auch unsere Pflicht, so empfinde ich es zumindest, das Existenzrecht Israels zu schützen und immer wieder dafür zu sorgen, dass das nicht in Gefahr gerät. Eine andere Frage ist, ob wir mit allen politischen Schritten Israels einverstanden sind. Und da habe ich sehr häufig – und andere auch – auch Kritik geübt; zum Beispiel an dem von Ihnen genannten Siedlungsbau. Wir glauben, dass die Zwei-Staaten-Lösung die Möglichkeit ist, ein friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Israelis sicherzustellen. Und an dieser Zwei-Staaten-Lösung muss nach meiner Auffassung mit voller Kraft gearbeitet werden. Man darf nicht übersehen, welchen terroristischen Angriffen Israel auch immer wieder ausgesetzt ist. Man darf nicht vergessen, was für ein kleines Land das ist und was den Menschen zum Teil auch zugemutet wird. Aber nichtsdestotrotz heiße ich nicht jeden politischen Schritt, der in Israel getan wird, für richtig. Aber: Israel ist weit und breit dort in der Region die einzige Demokratie. Und dieses Land zu schützen und seine Existenz zu sichern, bleibt historische Aufgabe Deutschlands.

*Nun läuft dieses Jahr auch eine Frist ab, und zwar die Frist der UN-Millenniumsziele. Dieses Jahr sollen diese Ziele erreicht worden sein. Erstes Ziel ist, die Armut in der Welt zu bekämpfen und zu reduzieren. Und nun ist natürlich die Zahl derjenigen, die als arm gelten, also weniger als 1,25 Dollar pro Tag zur Verfügung haben, in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Aber trotzdem reißen die Flüchtlingsströme von Wirtschaftsflüchtlingen nicht ab. Inwiefern ist das für Sie ein Thema im Rahmen Ihrer G7-Präsidentschaft?*

Das ist ein großes Thema. Wir wollen auch im Rahmen der G7-Präsidentschaft helfen, dass die Nachfolgeziele, die sogenannten „Sustainable Development Goals“, also nachhaltige Entwicklungsziele, dann auch verabschiedet werden können. Und wir werden vor allen Dingen uns auch dafür einsetzen, dass dort, wo die Millenniumentwicklungsziele nicht erreicht werden – das wird ja in einigen Fällen der Fall sein –, dass wir dort einen Zeitplan entwickeln, wann und wie sie erreicht werden können. Wir haben große Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut gehabt. Wenn wir uns Asien anschauen, gibt es viele Länder, wo es sehr schnell vorangegangen ist. Auch in Afrika gibt es gute Beispiele, aber es gibt eben auch noch sehr, sehr arme Länder, wie wir jetzt zum Beispiel auch bei den Ländern erleben, die von Ebola betroffen sind; wo man ja sieht, wie die Infrastruktur des ganzen Landes von Nigeria über Sierra Leone und Guinea auch wirklich noch sehr schwach ist. Wir werden durch Entwicklungshilfe, durch anderes hier unseren Beitrag leisten. Und wir müssen natürlich die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen. Wir können nicht nur Verfolgte aufnehmen; das alleine reicht nicht. Sondern wir müssen den Übeln vor Ort auch wirklich zu Leibe rücken – und sagen: Wir müssen die Fluchtursachen immer wieder an der Quelle bekämpfen.

Das geschieht durch Entwicklungspolitik. Wir werden demnächst eine große Konferenz zur Gavi-Impfallianz haben, wo auch um die Gesundheitsfragen gekämpft wird und Geld gesammelt wird. Das alles ist ein Beitrag dazu, Fluchtursachen dann auch zu beheben. Aber vor uns liegt noch ein sehr weiter und sehr anstrengender Weg.